



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe III/2014

Jahrgang 47

Hauptverwaltungssitzung am 17.07.2014 im Justizpalast München

Die diesjährige Hauptverwaltungssitzung fand im Sitzungssaal 134 im Justizpalast München statt. Vertreten waren fast alle Bezirksverbände. Den ausscheidenden Vorsitzenden der Bezirksverbände Kempten und Traunstein, Frau Lang und Herrn Dirnberger, wurde mit einer Flasche Frankenwein für ihr langjähriges Engagement gedankt.

Da alle Veranstaltungsorte der letzten Jahre ausgebucht waren, wurde die Sitzung gestrafft und an nur einem Tag abgehalten. Die Resonanz hierzu war durchweg positiv. Für das Gespräch mit den Vertretern des Justizministeriums verblieb trotzdem ausreichend Zeit. Für das wichtige Thema „Zukunftsfähigkeit des VERBANDES“ ist für Anfang nächsten Jahres ein weiteres Treffen der HVS geplant.

Besprochen wurden bei der HVS der Geschäftsbericht des Jahres 2013/2014, der Beitrag des VERBANDES zum Dop-

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Hauptverwaltungssitzung am 17.07.2014 im Justizpalast München S. 1
- ◆ Personal-Trio bei Hauptverwaltungssitzung des Verbands S. 2
- ◆ Prof. Dr. Frank Arloth im Gespräch S. 4
- ◆ Geschäftsbericht des Verbands im Zeitraum 08/2013 – 07/2014 S. 4
- ◆ Dämmerschoppen auf der Sennighöhe – Rechtspfleger im Fußballfieber S. 7
- ◆ Hauptausschusssitzung des BBB am 21.5.2014 in München S. 9
- ◆ Die Gewinner des Neujahrsrätsels 2014 S. 10
- ◆ Kontinuität bei Stellenzuwachs für Rechtspfleger erforderlich! Gespräch mit MdL Rudrof S. 11
- ◆ 3. Bayer. Rechtspfleger- und Sachverständigentag in Nürnberg S. 12
- ◆ Richterverein und Rechtspflegerverband im Gespräch mit MdL Heckner S. 14
- ◆ Ehrung Peter Osterrieder - 50 Jahre im VERBAND S. 15
- ◆ Diverses S. 16

pelhaushalt 2015/16 und die aktuelle Situation hinsichtlich der Themen neues Dienstrecht, e-Justice, die Printumfrage, Datengrundbuch und etliches mehr. Der Geschäftsführer des Gieseking Verlages Dr. Klaus Schleicher erläuterte den derzeitigen Stand beim elektronischen „Rpfleger“.

Die stellvertretende Landesvorsitzende Tanja Raab und die Studierendenbeauftragte Kerstin Fischer schilderten ein-

drucksvoll die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung für den Rechtspflegerberuf.

Hinsichtlich des Gesprächs mit den Vertretern des Ministeriums wird auf den Artikel „Personal-Trio“ bei der Hauptverwaltungssitzung des VERBANDES verwiesen. Für weitere Informationen und Detailfragen stehen Ihnen Ihre Bezirksverbandsvorsitzenden gerne zur Verfügung.

„Personal-Trio“ bei Hauptverwaltungssitzung des VERBANDES

Bezirksverbandsvorsitzende und Landesvorstand im Gespräch mit Ministeriumsvertretern

Die Hauptverwaltung unseres VERBANDES, also der Landesvorstand und die Vorsitzenden der Bezirksverbände, trafen sich auch in diesem Jahr mit Vertretern des Ministeriums. Mit Amtschef Prof. Dr. Frank Arloth, dem Leiter der Personalabteilung Dr. Peter Frank und Dr. Carsten Schulz waren die maßgeblichen für das Justizpersonal zuständigen Gesprächspartner aus dem Ministerium gekommen.



Im Bild: das "Personal-Trio" des Ministeriums mit dem Landesvorstand

Hauptthema des Gesprächs war die Eingabe des VERBANDES zum Doppelhaushalt. Wie die Vertreter des Ministeriums

einräumten fehlen Rechtspfleger in großer Zahl. Besonders die in der Diskussion für notwendig gehaltene Umschreibung der Grundbuchblätter im Hinblick auf das anstehende elektronische Datenbankgrundbuch kann derzeit wegen des Rechtspflegermangels nicht ausreichend angegangen bzw. un-

terstützt werden. Hilfe ist bis auf weiteres auch nicht in Sicht, so die Personalverantwortlichen übereinstimmend.

Prof. Dr. Arloth berichtete, dass Staatsminister Prof. Dr. Bausback sich für



neue Rechtspflegerstellen einsetzen wird. Er wird aber auch Hebungen fordern um die Beförderungswartezeiten weiterhin senken zu können. Die Forderung nach der Eingruppierung in A 10 wird vom Ministerium nach wie vor unterstützt, ist aber wohl in diesem Doppelhaushalt nicht realisierbar.“ Hier müsse der VERBAND trotzdem weiter am Ball bleiben“, meinte der Amtschef.

Landesvorsitzender Peter Hofmann fragte ob es realistisch ist, das Projekt e-Akte zeitgleich mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs starten zu können. Der neue Amtschef gab an hierzu keine Vorhersagen treffen zu können. Es wird aber mit Hochdruck an der weiteren Entwicklung gearbeitet.

Wichtig ist für die Verbandsvertreter auch eine Arbeitsgruppe bzgl. möglicher Aufgabenübertragungen in Bayern mit Vertretern aller Laufbahnen. Es gilt spezifisch bayerische Lösungen zur Zuständigkeitsverteilung auszuloten. Eine Arbeitsgruppe verschiedener Bundesländer gab es hierzu schon. Als Anstoß überreichte Hofmann ein von der Hauptverwaltung verabschiedetes, aktualisiertes Diskussionspapier an Prof. Dr. Arloth.

v.l. Prof. Dr. Arloth, Hofmann

Gefragt wurde nach den Ergebnissen der aktuellen PEBBSY-Untersuchung. Diese sollen für Bayern Anfang des Jahres 2015 vorliegen. Die anwesenden Verbandsvertreter betonten in diesem Zusammenhang, dass es notwendig ist Ausfallzeiten der EDV abbilden zu können – sinnvollerweise in einer eigenen Rubrik. Dies sollte auch für besondere Aktionen wie z .B. Umschreibungen gelten.

Für den Delegiertentag 2015 sagten die Gäste des Ministeriums bereits ihr Kommen zu.

Prof. Dr. Frank Arloth im Gespräch

Amtschef informiert sich über Verbandspolitik

Im ersten Gespräch des VERBANDES mit dem neuen Amtschef des Justizministeriums stellte der Landesvorstand seine wichtigsten verbandspolitischen Anliegen vor: Weitere Stellen und Beförderungen für Rechtspfleger und vor allem die Schaffung eines attraktiven Berufsbildes mit ganzheitlicher Fallbearbeitung und damit höherer Attraktivität zur Gewinnung eines qualifizierten Nachwuchses!

Die Vorstandsmitglieder erläuterten u.a. die Bedeutung der Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit als Domäne des Rechtspflegers und vor allem auch

die strikte Ablehnung der Übertragung des Erbscheinsantragsverfahrens auf die Notare. Die Übergabe eines aktuellen Diskussionspapiers des VERBANDES zu möglichen Aufgabenübertragungen wurde angekündigt.

Landesvorsitzender Peter Hofmann bemerkte, dass im Justizbereich eine Strategie zur gezielten Nachwuchsgewinnung dringend notwendig wäre um gegenüber anderen Ressorts nicht ins Hintertreffen zu geraten. Auf die bereits vereinbarten weiteren Treffen mit dem neuen Amtschef freue man sich!

Geschäftsbericht des Vorstands des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Zeitraum 08/2013 – 07/2014

- Kurzform -

Hauptverwaltungssitzung 05. bis 07.08.2013 in Straubing sowie Vorstandssitzung

18.09.2013: 18. (außerordentliche) Vorstandssitzung in Nürnberg

(Thema: Neuwahl des HPR-Vorsitzenden)

09.10.2013: 19. Vorstandssitzung in München

09.10.2013: Information zur PEBB§Y-Erhebung 2014 in München – Justizpalast

Teilnehmer: Herr Hofmann

18. bis 20.10.2013: Pfälzisch-Bayerischer Notartag in Landau (Pfalz)

Teilnehmer: Herr Hofmann, Herr Saffert

20. bis 22.11.2013: Tagung an der evangelischen Akademie Bad Boll

Teilnehmer: Herr Saffert

05. bis 07.12.2013: Präsidiumssitzung des BDR in Hamburg

Teilnehmer: Frau Kammermeier, Herr Hofmann, Herr Saffert

18.12.2013: 20.Vorstandssitzung in Nürnberg

mit Herrn Zeiser, AG Starnberg (Informationen zum geplanten Datenbankgrundbuch)

17.01.2014: Diplomierungsfeier des Prüfungsjahrgangs 2013 in Starnberg

Teilnehmer: Grußwort Herr Hofmann, Frau Kammermeier

31.01.2014: Neujahrsempfang der Bamberger Justiz

Teilnehmer: Herr Saffert

06.02.2014: Vorstellung des Landesvorstands bei Herrn Staatsminister Prof.Dr. Bausback

(mit Frau Dr. Angerer, Herrn Dr. Schulz, Herrn Krames)

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Raab, Herr Saffert, Herr Schmid, Herr Santl, Frau Kammermeier , Frau Hofstetter

26.02.2014: 21.Vorstandssitzung in München

14.03.2014: Rechtspflegertag des LV Baden-Württemberg in Heilbronn

Teilnehmer: Herr Hofmann

17.03.2014: Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU Herrn MdL Thomas Kreuzer

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Kammermeier, Frau Raab, Herr Saffert, Herr Santl

25.03.2014: Gespräch mit Herrn MD Dr. Schön

(Thema: Diskussionspapier des VBR zur Zuständigkeitsabgrenzung)

Teilnehmer: Herr Hofmann, Herr Simon, Frau Raab, Frau Hofstetter, Herr Saffert

Ende März 2014: Einreichen der Eingabe zum Doppelhaushalt 2015/2016

02.04.2014: Gespräch mit dem AK für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen der CSU – MdL Guttenberger

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Raab, Herr Saffert, Herr Santl, Frau Hofstetter

24. bis 26.04.2014: Präsidiumssitzung des BDR in Berlin

Teilnehmer: Frau Kammermeier, Herr Saffert, Herr Santl

07.05.2014: 22.Vorstandssitzung in München

15.05.2014: Jahrestagung des Bayerischen Richtervereins in Bayreuth

Teilnehmer: Herr Hofmann

19.05.2014: Eröffnungsveranstaltung der Woche der Justiz in Bamberg

Teilnehmer: Herr Hofmann

21.05.2014: Hauptausschusssitzung des BBB in München mit Vortrag MdL Söder

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Woite, Herr Santl

27.05.2014: Verabschiedung von Herrn MD Dr. Schön und Einführung Prof. Dr. Arloth

Teilnehmer: Herr Hofmann

03.06.2014: 3. Rechtspfleger- und Sachverständigentag in Nürnberg

Teilnehmer: Grußwort Herr Hofmann, Schlusswort Frau Raab

17.06.2014: Gespräch mit MdL Rudrof (CSU Berichterstatter Epl 04 im HH-Ausschuss) in Bamberg

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Raab, Frau Hofstetter, Herr A. Hofmann (BV Bamberg)

18.06.2014: Vorstellung bei dem neuen Amtschef des Ministeriums Herrn Prof. Dr. Arloth

Teilnehmer: Herr Hofmann, Frau Kammermeier, Herr Santl

25.06.2014: Info-Veranstaltung e-justice im Ministerium

Teilnehmer: Herr Saffert

02.07.2014: „Sommerempfang“ der CSU für den öffentlichen Dienst im Landtag

Teilnehmer: Herr Hofmann

04. 07. 2014: Dämmerchoppen des BV Coburg auf der Sennigshöhe

Vortrag Herr Hofmann

08.07.2014: 23. Vorstandssitzung in München

17.07.2014: Sommerfest des FB Rechtspflege in Starnberg

Teilnehmer: Frau Kammermeier, Frau Raab

Die Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; so sind z.B. informelle Gespräche Einzelner nicht aufgeführt, auch nicht Besuche von Vorstandsmitgliedern bei Bezirksverbandsversammlungen.

Claudia Kammermeier vertritt darüber hinaus den VERBAND im Bayerischen Beamtenbund (BBB) und im Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) jeweils als stellvertretende Vorsitzende.

Peter Hofmann vertritt den VERBAND im Hauptvorstand des BBB, im Präsidium des BDR und im erweiterten Vorstand von „pro Justiz e.V.“.

Dämmerschoppen auf der Sennigshöhe - Rechtspfleger im Fußballfieber

„Public Viewing“ beim Dämmerschoppen in Coburg

Seinen ersten Besuch im Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg stattete der neue Amtschef des Justizministeriums Prof.Dr. Frank Arloth dem Bezirksverband Coburg des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger beim traditionellen Dämmerschoppen auf der Sennigshöhe ab. Bestes Wetter, Bier, Coburger Bratwürste und ein Beamer mit Leinwand zur Übertragung des WM-Spiels Frankreich – Deutschland sorgten für eine hervorragende Stimmung an diesem Abend.

Bezirksverbandsvorsitzender Karl-Heinz Zeibich konnte neben dem Amtschef auch den Abteilungsleiter Dr. Peter Frank und dessen Referatsleiter Dr. Carsten Schulz begrüßen. Der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg Clemens Lückemann war gekommen, ebenso wie der Bamberger Generalstaatsanwalt Thomas Janovsky und die Vorstände der Coburger Justizbehörden. Vom

VERBAND wurde als Mitglied des Landesvorstands und Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Christine Hofstetter begrüßt. Von den Ehrenmitgliedern waren Walter Schweiger und Peter Hermannsdorfer anwesend. Begrüßt wurde noch Dr. Klaus Schleicher, Geschäftsführer des Gieseking-Verlages als regelmäßiger Gast des Dämmerschoppens. Auch der Coburger Landtagsabgeordnete Jürgen W. Heike gesellte sich zu der Veranstaltung.

Präsident Lückemann dankte in seinem Grußwort dem Bezirksverband Coburg für die wie immer hervorragende Organisation. Er zeigte sich vor allem erfreut, dass es in den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt gelungen ist 70 Stellen für Rechtspflegeranwälter zu erhalten. Dies kann als sehr positives Signal für die Zukunft gesehen werden.



Beim 1:0 für Deutschland jubelten alle zusammen mit dem neuen Amtschef

Landesvorsitzender Peter Hofmann stellte bei seinen standespolitischen Ausführungen fest, dass es den Rechtspflegern in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern, in denen Behördenkonzentrationen stattfanden oder über die Einführung von Dienstpostenbewertungen nachgedacht wird, sehr gut geht. Dies ist nicht selbstverständlich sondern auch kontinuierlicher Verbandsarbeit zu verdanken.

Als Schwerpunkt der aktuellen Verbandstätigkeit bezeichnete er die Gespräche zum kommenden Doppelhaushalt 2015/2016. Weitere neue Rechtspflegerstellen sind unbedingt erforderlich, auch um funktionelle und praxisgerechte EDV-Programme erstellen zu können, sowie zur dringend notwendigen Verbesse-

rung des Krisenmanagements bei System- oder Programmausfällen. Vor allem aber geht es derzeit um die Entwicklung einer Strategie zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses im Rechtspflegerbereich, aber auch bei allen anderen Qualifikationsebenen. Nur durch schnellere Beförderungen und das Angebot interessanter Tätigkeiten kann die Justiz konkurrenzfähig bleiben, so Hofmann. Der Wegfall von Richtervorbehalten und die damit einhergehende ganzheitliche Verfahrensbearbeitung wird hier als einziger Weg gesehen ein attraktives Berufsbild zu schaffen.

In seiner Replik betonte Prof.Dr. Arloth, dass nach seiner Kenntnis vor allem das Verbandsgespräch mit der Fraktionsspitze der CSU, zu anstehendem Doppelhaushalt, wohl Eindruck hinterlassen hat. Die schnelle Reaktion des Justizministers auf den offenen Brief des Richtervereins zeigt, dass die Probleme mit der EDV, die natürlich auch die Rechtspfleger betreffen, erkannt sind und angegangen werden. Vor allem aber bekräftigte Arloth die Zusage des Ministers dem VERBAND gegenüber, sowohl von der Übertragungsmöglichkeit bei Erbscheinsanträgen, als auch der des Prozesskostenhilfe-Änderungsgesetzes, keinen Gebrauch zu machen. Den Gesprächstermin mit der Hauptverwaltung des VERBANDES nehme er gerne wahr, so der Amtschef.

Hauptausschusssitzung des BBB am 21.05.2014 in München

Der VERBAND war an der diesjährigen Hauptausschusssitzung des BBB mit zwei Delegierten und dem Vorsitzenden vertreten.

Der öffentliche Teil wurde launig und gekonnt moderiert von Ursula Heller vom BR. Nach einer Einführung und der Begrüßung durch den Vorsitzenden des BBB Rolf Habermann wurde das Wort an den Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, erteilt.



Der Staatsminister für Finanzen Dr. Markus Söder

In sehr offenen Worten unterstrich er die Bedeutung des Beamtentums für eine funktionierende öffentliche Verwaltung und sein Festhalten an dieser Institution, auch im Lehrerbereich. Bezüglich neuer Stellen müsse ein vernünftiger

Weg gefunden werden. Behördenverlagerungen dürften nur erfolgen sofern sie Sinn machen, in jedem Fall nur in einem langsamen Prozeß stattfinden und ausschließlich auf freiwilliger Basis. Die Erfahrungen mit Behördenverlagerungen seien größtenteils positiv.

Er bedankte sich für die gute, vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit dem BBB und bat darum, auch in Zukunft das Staatsministerium der Finanzen nicht als Feind, sondern als positiv gestimmten Verhandlungspartner zu sehen.



v.l. Santl, Woite, Hofmann, Kammermeier

Die anschließende Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Fraktionen des Landtages rankte sich um aktuelle Themen des Beamtenrechts.

MD Dr. Alexander Voitl vom SMfF erläuterte anstehende Fragen des Dienstrechts. Er führte aus, dass sich derzeit zwei Gesetzesvorlagen in der Ressortanhörung befinden. Dabei handelt es unter anderem um die Erweiterung der Beurlaubung wegen Pflege naher Angehörigen und die Anknüpfung an das

Rentenpaket des Bundes. Übernommen werden sollen die erweiterte Mütterrente und die Änderungen in der Erwerbsminderungsrente. Definitiv nicht übernommen werden soll der Renteneintritt für langjährig Bedienstete, da sich damit

Bayerische Beamte wesentlich schlechter stellen würden als mit den bisherigen Regelungen.

Nähere Informationen erhalten Sie auf der Webseite des BBB: **bbb-bayern.de**

Die Gewinner des Neujahrrätsel 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ziehung der Gewinner aus den zahlreichen Einsendungen wurde dieses Mal vorgenommen vom Amtschef, Ministerialdirektor Prof. Dr. Arloth persönlich, assistiert von Ministerialdirigent Dr. Frank.



v.l. MDir Arloth, MD Frank, Vorsitzender Hofmann.

Die Namen der Gewinner lauten:

1. Preis: Frau Kerstin Dünisch, Bamberg, (Stöber, Forderungspfändung, 16. Auflage (2013))

2. Preis: Frau Mirja Herch-Riedmann, Gemünden (Bork/Jacoby/Schwab, FamFG, 2. Auflage (2013))

3. Preis: Herr Dieter Hermann, OLG München (Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/Rellermeyer, ZVG, 14. Auflage (2013))

4. Preis: Frau Nina Eisenhardt, Bamberg (Zimmermann, Die Nachlasspflegschaft (FamRZ-Buch), 3. Auflage (2013))

5. Preis: Frau Christine Pawlowski, Bamberg, (Kogel, Strategien der Teilungsversteigerung des Familienheims (FamRZ-Buch), 2. Auflage (2013))

Herzliche Gratulation an die Gewinner und herzlichen Dank an alle Teilnehmer. Ein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Schleicher vom Gieseking Verlag für seine wiederholt großzügige Bücherspende.

Für alle jene, die auch dieses Mal nicht gewonnen haben, gilt: neues Jahr-neues Glück, beim Neujahrrätsel 2015.

Kontinuität bei Stellenzuwachs für Rechtspfleger erforderlich!

Gespräch mit dem Berichterstatter der CSU für den Einzelplan 04 (Justiz) im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags MdL Heinrich Rudrof

Die fränkischen Vertreter des Landesvorstands Peter Hofmann, Tanja Raab und Christine Hofstetter trafen sich zusammen mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbands Bamberg Andreas Hofmann mit dem Bamberger Landtagsabgeordneten Heinrich Rudrof, der für die CSU in dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sitzt und dort als Berichterstatter für den Justizhaushalt tätig ist. Schwerpunkt des Gesprächs war die Eingabe des VERBANDES für den Doppelhaushalt 2015/2016.

Dem Dank des Landesvorsitzenden für die 48 neuen Stellen im aktuellen Haushaltsplan sowie die 70 Anwärterstellen im Nachtragshaushalt folgte der Hinweis darauf, dass die Justiz in den vergangenen 20 Jahren stellenmäßig sehr stiefkindlich behandelt wurde. Außer 50 Anwärterstellen Mitte der 90´er Jahre gab es lediglich Einzüge aber keine neuen Stellen, abgesehen von 20 Stellen die im vergangenen Doppelhaushalt für die Rückkehr zur 40-Stunden Woche gewährt wurden. Angesichts des aktuellen Personaldefizits und des steigenden Bedarfs durch die Einführung der e-Akte

und des Datenbankgrundbuchs wäre deshalb unbedingt eine Kontinuität in der Schaffung weiterer Stellen in den kommenden Haushaltsjahren erforderlich. Die aktuell zugesagten Stellen dürfen keine „Eintagsfliegen“ bleiben, um die Funktionsfähigkeit der Justiz nicht zu gefährden, so Peter Hofmann.

Die anwesenden Verbandsvertreter betonten auch die Notwendigkeit weiterer Hebungen neben Stellenmehrungen zur Anerkennung der Leistungen der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger und zur Steigerung der Attraktivität des Berufes. Gerade in jungen Jahren wären rasche Beförderungen wichtig, erst recht dann wenn das Eingangsamt A 10 für die Rechtspfleger wohl derzeit nicht realisiert wird.

MdL Rudrof wies auf die haushälterischen Notwendigkeiten des Abbaus der Staatsquote sowie des Schuldenabbaus hin. Er erkannte jedoch auch die Zurückhaltung der Justiz in früheren Haushalten an. Dem Wunsch des Abgeordneten nach weiteren Gesprächen wird der VERBAND gerne nachkommen.

3. Bayerischer Rechtspfleger- und Sachverständigentag in Nürnberg

Am 3. Juni 2014 fand im „Interimsquartier Loftwerk“ der Industrie- und Handelskammer Nürnberg der dritte Bayerische Rechtspfleger- und Sachverständigentag statt. Diese Fortbildungsveranstaltung wurde wie bei den ersten beiden Terminen durch den Landesverband Bayern der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen (LVS Bayern) und den Verband Bayerischer Rechtspfleger mit freundlicher Unterstützung durch die IHK Nürnberg für Mittelfranken organisiert. Sie richtete sich an Rechtspfleger und Sachverständige, die mit Zwangsversteigerungsverfahren befasst sind.

ma der Veranstaltung die Frage nach der Rolle des Rechtspflegers und Sachverständigen am Justizstandort Bayern auf. Im Zwangsversteigerungsverfahren könne man die Bedeutung dieser beiden Berufsgruppen nicht hoch genug einschätzen. Als beste Möglichkeit sich weiter zu bilden, stellte sie das miteinander Reden heraus. So könne man die Denkweise und die Probleme des anderen kennenlernen.

Für den VERBAND begrüßte Landesvorsitzender Peter Hofmann. Er stellte die Besonderheiten des Bayerischen Rechtspflegers im Vergleich zu dem in anderen



Organisatoren, Redner und Referenten des 3. Rechtspfleger- und Sachverständigentages freuen sich nach einer gelungenen Veranstaltung

Nach der Eröffnung durch Daniel Lasser, den Referenten für Sachverständigenwesen der IHK, begrüßte die Vizepräsidentin des LVS Bayern und Leiterin der Abtlg. Immobilienbewertung, Frau Anna Maria Tuscher-Sauer. Sie warf als The-

Bundesländern dar. Die Unterschiede zeigen sich sowohl in dienstrechtlichen als auch in besoldungsrechtlichen Angelegenheiten. Aber auch die Aufgaben eines Rechtspflegers gestalten sich nicht mehr in allen Bundesländern gleich. Viele Bundesgesetze beinhalten Öffnungsklauseln, die dem einzelnen Land die Möglichkeit geben, einzelne Bereiche aus dem Aufgabenbereich der Rechts-

pfleger herauszunehmen und innerhalb der Justiz oder an Dritte zu übertragen.

Der Präsident am Amtsgericht Nürnberg Wolf-Michael Hölzel begrüßte die Teilnehmer in Nürnberg im Namen der Justiz. Er war von Anfang an Befürworter eines Erfahrungsaustausches zwischen Entscheidungsträgern der Justiz und Sachverständigen und unterstützt diesen Fortbildungsgedanken aktiv.

Die einzelnen Fachvorträge griffen interessante Themen auf. Im Anschluss bot sich jeweils die Gelegenheit zum regen Erfahrungsaustausch und zur intensiven Diskussion.

Themen und Referenten waren:

- ◆ „Schnittmengen im Verfahrensablauf Zwangsversteigerung zwischen Rechtspflegern und Sachverständigen“, Referent: Rechtspfleger am Amtsgericht Schweinfurt, Bernhard Fiehl
- ◆ „Vorgehensweise in der Verkehrswertermittlung bei fehlender Innenbeurteilung“; Referenten: öbuv Sachverständiger LVS Bayern Karl Grasmuck und Rechtspfleger am Amtsgericht Nürnberg Werner Pregler
- ◆ „Anforderungen an ein Verkehrswertgutachten in der Zwangsversteige-

- ◆ „Erfahrungen mit dem neuen JVEG“; Referent: Rechtspfleger am Amtsgericht Leverkusen Rainer Gisder
- ◆ Referentin: Rechtspflegerin und Gruppenleiterin am Amtsgericht München Mirja Kapfer

Die Veranstaltung endete mit dem Schlusswort der stellvertretenden Vorsitzenden des VERBANDES Tanja Raab. Drei Kriterien guter Fortbildung wurden herausgestellt: Wichtig sei zum einen die teilnehmerorientierte Ausrichtung einer Veranstaltung. Die präsentierten Inhalte müssen über den Tag hinaus wirken. Und: Fortbildung sollte professionell gestaltet sein – das beinhaltet bei aller Vorbereitung vor allem den Anspruch, dass die Teilnehmer mitgestalten können. Wenn man diese drei Punkte: Orientierung am Teilnehmer, nachhaltige Inhalte und professionelle Gestaltung – überprüft, darf man bestätigen, dass das „Soll“ für diesen Tag erfüllt ist. Der Rechtspfleger- und Sachverständigentag bot wieder einmal eine gelungene Mischung aus Fachvorträgen, Diskussionen und ausreichend Freiraum für Gespräche.

Herzlichen Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Organisatoren – auf Wiedersehen in zwei Jahren!

Tanja Raab

Richterverein und Rechtspflegerverband im Gespräch mit MdL Ingrid Heckner

Stellenlage im Rechtspflegerbereich ist sehr angespannt

Altötting/Traunstein: MdL Ingrid Heckner, die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag, traf sich zu einem Erfahrungsaustausch in ihrem Stimmkreisbüro mit dem Vorsitzenden des Traunsteiner Richtervereins Prof. Dr. Ludwig Kroiß und den Vorsitzenden des Rechtspflegerverbandes Albert Dirnberger und Wolfgang Benischke.

Das Hauptanliegen der Verbandsvertreter war die aktuelle Personalnot bei den Rechtspflegern. Derzeit fehlen, das wird allgemein anerkannt, bayernweit bei steigender Tendenz mindestens 300 Rechtspfleger; bei den fünf Amtsgerichten im Landgerichtsbezirk Traunstein sind es mehr als 16 Rechtspfleger. Dank der großen Leistungsbereitschaft der hiesigen Rechtspfleger kam es im Landgerichtsbezirk Traunstein noch nicht zu überlangen Verfahrenszeiten. Gleichwohl sind in anderen Landgerichtsbezirken Beschwerden von Anwälten wegen verzögerter Sachbehandlung eingegangen. Das war in dieser Form bisher völlig unbekannt.

Die Ursachen des Personalmangels sind vielfältig. So machen viele Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen von der Möglichkeit der Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen Gebrauch. Aber auch steigende Geschäftszahlen in Grundbuch- und Betreuungssachen führen zu einem erhöhten Personalbedarf.

Die Verbandsvertreter betonten übereinstimmend, dass die erfolgten Aufgabenübertragungen auf die Rechtspfleger durchaus sinnvoll waren und zu einer höheren Verfahrenseffizienz beitrugen. Prof. Dr. Kroiß merkte an, in Folge der guten Erfahrungen begrüße er auch die zum 01.01.2014 geschaffenen Möglichkeiten im Bereich der Prozesskostenhilfe. Gleichwohl müsste die Aufgabenerhöhung auch zu mehr Planstellen für Rechtspfleger führen.

Ingrid Heckner interessierte sich als Ausschussvorsitzende vor allem für die Auswirkungen der erst vor wenigen Jahren in Kraft getretenen Dienstrechtsreform auf die Praxis. Der Bezirksvorsitzende des Richtervereins Prof. Dr. Kroiß zeigte sich mit den Ergebnissen im Richterbereich überwiegend zufrieden. Insgesamt hätten Strukturverbesserungen sowie die begleitende Schaffung neuer Richterstellen die Situation deutlich entschärft.

Der Bezirksvorsitzende des Rechtspflegerverbandes Albert Dirnberger sieht die Situation bei den Rechtspflegern nach wie vor unbefriedigend, obwohl inzwischen mit einigen Stellenhebungen erste Korrekturen erfolgten.

Wolfgang Benischke, der stellvertretende Bezirksvorsitzende des Rechtspflegerverbandes, erinnerte an ein altes

Versprechen aus der Politik, die Eingangsbesoldung der Rechtspfleger auf A 10 anzuheben. Immerhin lasse sich die Arbeit der Rechtspfleger aufgrund ihrer sachlichen Unabhängigkeit durchaus mit der richterlichen Tätigkeit vergleichen.



Zum Schluss waren noch die bestehenden personellen Engpässe bei den Gerichts-vollziehern Gesprächsgegenstand. Schließlich betonte Ingrid Heckner, dass in Bayern weiterhin davon ausgegangen werden kann, dass etwaige Tariferhöhungen entsprechend zeitgleich auf die Beamten übertragen werden sollen.

v.l. der stellvertretende Bezirksvorsitzende des Rechtspflegerverbandes Wolfgang Benischke, die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes Ingrid Heckner, der Bezirksvorsitzende des Richtervereins Prof. Dr. Ludwig Kroiß, der Bezirksvorsitzende des Rechtspflegerverbandes Albert Dirnberger

Ehrung

Peter Osterrieder 50 Jahre im Verband Bayerischer Rechtspfleger

Laufen/Traunstein: Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger, der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Benischke und der Verbandsbeirat für das Amtsgericht Laufen Otto Niedermeier besuchten Peter Osterrieder (70) in seinem liebevoll restaurierten Haus, um ihm für seine 50jährige Mitgliedschaft im Verband Bayerischer Rechtspfleger zu danken. Nach der Ehrung tauschte man sich bei einer bayerischen Brotzeit gemütlich über alte Zeiten und aktuelle Verbandsprobleme aus.

Der gebürtige Bamberger kam bereits in jungen Jahren an das bis 1972 bestehende Amtsgericht Berchtesgaden. In den Sommermonaten, so Peter Osterrieder, war dort das Tragen einer Lederho-

se sogar für ihn als Franken quasi eine Dienstpflicht. Bis zu seinem Ruhestand war er dann beim Amtsgericht Laufen beschäftigt, wo er mit den verschiedensten Aufgaben eines Rechtspflegers betraut war. Im Nachhinein gesehen bedauere er, dass er nicht aktiver im Verband mitgearbeitet habe; bedingt durch seinen langjährigen Wohnsitz in Berchtesgaden wäre dies aber schwierig gewesen.

Leider musste der leidenschaftliche Bergsteiger inzwischen seine sportlichen Aktivitäten aus gesundheitlichen Gründen aufs Wandern und Radfahren verlegen. Neben der Instandhaltung seines Hauses engagiert sich Peter Osterrieder sozial als Vereinsvorstand. Immerhin hat

er jetzt wenigstens insgesamt mehr Zeit zur Muße, dem Lesen von alten Klassikern sowie dem Besuch von Konzerten und Theatervorstellungen.



Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger überreicht dem ehemals am Amtsgericht Laufen beschäftigten Rechtspfleger Peter Osterrieder (2.v.l.) die Ehrenurkunde und das Ehrenzeichen in Gold, die höchste vom Bayerischen Beamtenbund vergebene Auszeichnung; mit dabei Wolfgang Benischke (li.) und Otto Niedermeier (re.).

Diverses

- ◆ Achtung hinsichtlich der neuen EU-Erbrechtsverordnung, die innerhalb der EU (mit Ausnahme Dänemarks, Großbritanniens und Irlands) auf alle Sterbefälle anwendbar sein wird, die sich ab dem 17. August 2015 ereignen. Nach dieser Verordnung unterliegt in Zukunft der gesamte Erbfall dem Recht des Staates, in dem der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bisher richtet sich die Erbfolge eines Deutschen in aller Regel nach deutschem Recht.
- ◆ In gut 7.200 Fällen haben sich Zeugen an die bei allen unseren Amts- und

Landgerichten bestehenden Stellen zur Betreuung von Zeugen gewandt. In 4.764 Fällen lag der Schwerpunkt - wie in den Vorjahren - eindeutig bei der Beantwortung allgemeiner Fragen, insbesondere zum Verfahrensablauf und zur Zeugenentschädigung. 486 mal kamen die Zeugenbetreuer als "Babysitter" bei der Betreuung von Kindern zum Einsatz.

- ◆ Der neue Leitende Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Passau Josef Scheichenzuber wurde offiziell in sein Amt eingeführt. Er ist der Nachfolger von Helmut Walch, der zum Mai 2014 in den Ruhestand getreten ist.

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: bayern@bdr-online.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter <http://by.bdr-online.de>

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Ver-

öffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.